

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Barbarossastadt Gelnhausen
am Dienstag, dem 8. Mai 2007, um 19:30 Uhr in der Stadthalle Gelnhausen,
in der am 01. April 2006 begonnenen Legislaturperiode.

- Stadtverordnete:
- Hans Adrian
 - Thilo Allwardt
 - Renate Baumann
 - Christopher Boll
 - Gerhard Brune (bis ca. 23:15 Uhr)
 - Jürgen Degenhardt
 - Bodo Delhey
 - Ewald Desch
 - Claudia Dorn
 - Walter Dreßbach
 - Günter Engel, Stadtverordnetenvorsteher
 - Daniel Glöckner, stlv. Stadtverordnetenvorsteher (bis ca. 23:10 Uhr)
 - Elfriede Günther
 - Peter Hähndel
 - Richard Helwig
 - Jürgen Herms
 - Heinz Klauser
 - Jörg Lehnert
 - Christian Letmathe
 - David Lupton
 - Hagen Mootz
 - Walter Nix
 - Norman Peetz
 - Gabriele Petrasch
 - Brigitte Piechotta
 - Rüdiger Rein
 - Volker Rode
 - Rotraud Schäfer
 - Walter Schindler
 - Sylvia Schmidt-Hermann
 - Herbert Vetter
 - Doris-Maria Viel, stlv. Stadtverordnetenvorsteherin
 - Claudia Voigt
 - Sigrun Weigand
 - Steffen Wirth
 - Tom Zeller
- Entschuldigt:
- Hubert Müller
- Magistrat:
- Bürgermeister Thorsten Stolz
 - Karl Franz
 - Michael Frischkorn
 - Wolfgang Herbert
 - Josef Johann (ab ca. 21:15 Uhr)
 - Rolf Kunert
 - Günther Rams
 - Margot Schäfer
 - Ludwig Sinsel
 - Hans-Dietrich Ullrich
- Entschuldigt:
- Jürgen Eberhardt
 - Pia Horst
 - Bernd Krempel
 - Frank Rompel
- Schriftführerin:
- Dagmar Petersein

Stadtverordnetenvorsteher Engel eröffnet um 19:35 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest.

Zu dem Protokoll vom Donnerstag, dem 29.03.2007 liegen keine Einwendungen vor. Es gilt deshalb als genehmigt

Zur Tagesordnung:

Die Tagesordnungspunkte 9.1 und 9.2 fallen aufgrund der bereits erledigten Haushaltsberatung weg.

Stadtverordnetenvorsteher Engel schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5.3 (neu 6.3) und 9.7 (neu 10.7, Mobilfunk) zusammen zu behandeln, da sie inhaltsgleich sind. Hierzu gibt es keine Einwände.

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 15 vorzuziehen auf den Tagesordnungspunkt 5.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

31	Ja-Stimmen
3	Nein-Stimmen
2	Enthaltungen

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt „Sicherheit und Ordnung“ wird vorgezogen auf TOP 5. Die folgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich jeweils um 1 nach hinten.

Tagesordnung

1. Bericht des Magistrates

Bürgermeister Stolz legt den Bericht aus dem Magistrat vor. Er macht den Vorschlag den Bericht auch zukünftig schriftlich vorzulegen.

Teil II

2. Bauleitplanung

**Vorhaben- und Erschließungsplan „Einkaufszentrum Hailer-Ost“
Hier: Abwägungs- und Satzungsbeschluss**

Stadtverordnete Weigand berichtet aus dem Bauausschuss.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:
- einstimmig -

Beschluss:

Der Entwurf zum o. g. Bauleitplanverfahren wird nach den Vorschriften der § 5 und 51 Nr. 6 HGO und aufgrund des § 10 BauGB als Satzung beschlossen.
Die Satzung besteht aus Planzeichnung nebst textlicher Festsetzung und Begründung.

Der Bebauungsplan trägt die Bezeichnung – V + E „Einkaufszentrum Hailer Ost“ -.

Das Planungsziel ist die Festsetzung der baulichen Nutzung für eine geordnete städtebauliche Entwicklung in dem Plangebiet.

Die Stellungnahmen (Abwägungen) zu den Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange (1-11) werden gemäß den Anlagen beschlossen.

Die Verwaltung der Stadt Gelnhausen wird beauftragt, den Bebauungsplan nach den Vorschriften des § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft zu setzen.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, das Ergebnis aus der Prüfung der Anregungen und Bedenken den entsprechenden Stellen mitzuteilen.

3. Verkauf des Geländes der Mülldeponie Hailer, Flurstück 909-46-102/2 an den Main-Kinzig-Kreis

Hierzu liegt je ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Linke vor.

Bürgermeister Stolz erläutert die Vorlage. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Degenhardt (begründet den Änderungsantrag), Engel (die Vorschläge sollten dem Ortsbeirat überlassen werden), Vetter (begründet den Änderungsantrag), Klauser, Lehnert, Desch und Degenhardt. Der Vorlage werden Änderungen hinzugefügt und der Änderungsantrag der CDU-Fraktion entfällt damit.

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke wird **abgelehnt** bei folgender Stimmverteilung:

3	Ja-Stimmen
31	Nein-Stimmen
2	Enthaltungen

Die Vorlage wird mit den Änderungen angenommen bei folgender Stimmverteilung:

34	Ja-Stimmen
2	Nein-Stimmen
keine	Enthaltungen

Beschluss:

Der Verkauf des Grundstückes Gemarkung Hailer, Flurstücke 909-46-102/2, 909-46-104 teilw., 909-46-105/1 teilw. und 909-46-91 teilw. (Deponie Hailer) an den Main-Kinzig-Kreis zum Preis von 0,25 Euro/m² mit einer noch zu vermessenden Fläche (ca. 58.000,- Euro) wird beschlossen.

Es dient zur Kenntnis, dass die Stadt Gelnhausen für den Ausgleich des entfallenden Gestattungsentgelts sowie für die Zustimmung zur weiteren Benutzung der vorhandenen Infrastruktur (z.B. Deponiezufahrt) eine einmalige Entschädigungssumme von 1.424.587,89 Euro erhält. Von diesem Betrag sollen als Ausgleich für das Sonderrecht der Bürger des Stadtteils Hailer, ihren Sperrmüll aus privatem Aufkommen unentgeltlich auf der Deponie Gelnhausen-Hailer zu entsorgen, mindestens 300.000 Euro für Sanierungsarbeiten im Stadtteil Hailer verwendet werden. Die Konkretisierung der Höhe und Zweckbestimmung erfolgt im Haupt- und Finanzausschuss unter vorheriger Einbeziehung des Ortsbeirates Hailer.

Der Magistrat hat mit dem Main-Kinzig-Kreis eine Vereinbarung über Nutzung und Unterhaltung der Straße von der L 3201 zum Abfallwirtschaftszentrum des Main-Kinzig-Kreises auf der Mülldeponie Gelnhausen-Hailer (Wegparzelle 909-46- 105/2 und 105/1 teilw.) geschlossen.

Die Stadt bleibt Eigentümerin der Straße und gestattet dem Kreis die Nutzung. Der Kreis übernimmt die Verkehrssicherungspflicht und die Unterhaltung.

4. Neufassung der Straßenreinigungssatzung

Stadtverordneter Lehnert berichtet aus dem Haupt- und Finanzausschuss.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:
- einstimmig -

Beschluss:

Die Neufassung der Satzung über die Straßenreinigung wird gemäß Vorlage beschlossen. Die Satzung tritt am 01.06.2007 in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt die Satzung über die Straßenreinigung vom 19.08.1982 außer Kraft.

Teil III

5. Antrag der CDU-Fraktion

Konzept für Maßnahmen zur Verbesserung von Sicherheit und Ordnung

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor.

Stadtverordneter Nix begründet den Änderungsantrag. Stadtverordneter Degenhardt begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Herms, Dreßbach, Allwardt, Nix, Rode, Dr. Lupton, Degenhardt und Dreßbach.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

21	Ja-Stimmen
15	Nein-Stimmen
keine	Enthaltungen

Der Antrag der CDU-Fraktion wird **abgelehnt** bei folgender Stimmverteilung:

15	Ja-Stimmen
21	Nein-Stimmen
keine	Enthaltungen

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, unter Einbeziehung der Polizei- und Ordnungsbehörden sowie der Justiz, die aktuelle Situation zu bewerten und erforderlichenfalls ein Konzept für Maßnahmen zur Verbesserung von Sicherheit und Ordnung in Gelnhausen zu erstellen und umzusetzen. Insbesondere ist das Land Hessen und sein Innenminister aufzufordern, die Polizeidienststelle in Gelnhausen personell wesentlich besser auszustatten.

6. Anträge aus dem Umweltausschuss (erneute Vorlage)

1. Öko-Trends

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Stadtverordnete Baumann berichtet aus dem Umweltausschuss. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Voigt (begründet den Änderungsantrag), Delhey, Degenhardt, Vetter, Herms, Rode und Degenhardt.

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke wird **abgelehnt** bei folgender Stimmverteilung:

2	Ja-Stimmen
33	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

Der Antrag aus dem Umweltausschuss wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

34	Ja-Stimmen
2	Nein-Stimmen
keine	Enthaltungen

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt dafür zu sorgen, dass die Umweltmesse „Öko-Trends“ auch dieses Jahr durchgeführt werden kann. Aus Kostengründen wird die Messe nach Meerholz in die Sport- und Kulturhalle und umliegendes Gelände verlegt. Die entsprechenden Mittel sind in den Haushalt 2007 einzustellen.

2. Mobilfunkantenne Sportplatz Hailer

Stadtverordnete Baumann berichtet aus dem Umweltausschuss.

Der Antrag aus dem Umweltausschuss wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:
- einstimmig, bei einer Enthaltung -

Beschluss:

Der Magistrat und insbesondere der Bürgermeister der Stadt Gelnhausen werden beauftragt, mit dem Vorstand des FSV Hailer Gespräche aufzunehmen, um auf einem einvernehmlichen Wege eine Lösung bezügl. des Standortwechsels der am Sportplatz des FSV Hailer installierten Antennen zu erreichen. Das Gespräch soll gemeinsam mit einem spezialisierten Messtechniker und Vertretern der Betreiber der Mobilfunkantenne geführt werden.

3. Standortoptimierungskonzept für Mobilfunkantennen und 10.7. Mobilfunkstandorte (Antrag der Fraktion Die Linke)

Stadtverordnete Baumann berichtet aus dem Umweltausschuss.

Der Antrag aus dem Umweltausschuss und der Antrag der Fraktion Die Linke werden **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

21	Ja-Stimmen
13	Nein-Stimmen
1	Enthaltungen

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Gelnhausen wird beauftragt, die Ausschreibung eines Standort-Optimierungskonzeptes für Mobilfunkantennen auf den Weg zu bringen. Der Ausschreibungstext soll die wesentlichen Bestandteile des Antragstextes „Standortanalyse für Mobilfunkantennen“ aus der Stadtverordnetenversammlung vom 11.12.2006 beinhalten. Die Kosten für das Planungskonzept sollen aus den Mieteinnahmen für die Mobilfunkantennen beglichen werden. Weitere notwendige Finanzmittel sind in den Haushalt 2007 einzustellen.

Der Magistrat wird beauftragt, Mobilfunkstandorte im Genehmigungsverfahren erst nach Feststellung der Unbedenklichkeit durch ein unabhängiges Institut zu genehmigen. Nach Kenntnis derartiger Standorte sind den Betreibern ggfs. Alternativvorschläge für die Standortwahl zu unterbreiten.

Insbesondere sind städtische Grundstücke, Gebäude und andere Liegenschaften nur nach Prüfung und Unbedenklichkeit durch ein unabhängiges Institut für Mobilfunkbetreiber zur Verfügung zu stellen. Hierbei sind auch längerfristige Planungen der städtebaulichen

Erweiterung zu berücksichtigen. Sind vorgesehene Standorte im Besitz von Eigentümern, bei denen städtische Mitarbeiter in Verwaltungs- und Aufsichtsräten u. ä. vertreten sind, ist auf gleiche Entscheidungen von Seiten der Stadt hinzuwirken.

7. Anträge der Fraktion Die Linke (erneute Vorlage)

1. Hochwasserschutz

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der BG-Fraktion vor.

Stadtverordneter Vetter erläutert den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Degenhardt, Delhey (zieht Änderungsantrag zurück) und Vetter (zieht Antrag zurück).

2. Barrierefreier Zugang zum Rathaus

Stadtverordneter Vetter erläutert den Antrag. Stadtverordneter Herms stellt den Änderungsantrag auf Verweisung in den Ausschuss Wirtschaft, Verkehr und Stadtentwicklung.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

32	Ja-Stimmen
2	Nein-Stimmen
keine	Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag wird in den Ausschuss Wirtschaft, Verkehr und Stadtentwicklung verwiesen.

8. Antrag der CDU-Fraktion (erneute Vorlage)

Konzept für die touristische Nutzung des Mittelpunktes der EU

Stadtverordneter Degenhardt zieht den Antrag zurück.

9. Anträge der SPD-Fraktion (erneute Vorlage)

1. Gründung eines lokalen Bündnisses für Familien in Gelnhausen

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Stadtverordnete Schäfer begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Baumann, Voigt (begründet den Änderungsantrag), Degenhardt, Bürgermeister Stolz und Herms.

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke wird **abgelehnt** bei folgender Stimmverteilung:

2	Ja-Stimmen
33	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

Der Antrag der SPD-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

34	Ja-Stimmen
1	Nein-Stimme
1	Enthaltung

Beschluss:

Die Stadt Gelnhausen beteiligt sich an der bundesweiten Initiative „Lokale Bündnisse für Familien“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ). Der

Magistrat der Stadt Gelnhausen wird beauftragt, mit Unterstützung des Main-Kinzig-Kreises ein lokales Bündnis für Familien zu initiieren.

Im Rahmen dessen wird der Magistrat beauftragt, ein Konzept für eine öffentlichwirksame Kampagne zu entwickeln. Dabei sind das Beratungsangebot aus dem BMFSJ und dem Servicebüro der Initiative sowie die Unterstützung des Main-Kinzig-Kreises zu nutzen. Inhaltlicher Schwerpunkt und Ziel des Bündnisses ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und familienfreundlichere Gestaltung der Stadt Gelnhausen. Bereits existierende Maßnahmen und Initiativen, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, sind aufzunehmen und fortzuentwickeln.

Für das lokale Bündnis für Familien sollen Betreuungseinrichtungen, Schulen, Elterninitiativen, Verbände, Kirchen, Unternehmen und weitere gesellschaftliche Akteure gewonnen werden.

2. Unterstützung der Verfassungsklage zur Einführung von Studienbeiträgen

Stadtverordneter Boll zieht den Antrag zurück.

10. Anträge der Fraktion Die Linke (erneute Vorlage)

1. Einsparungen bei den Aufwandsentschädigungen für Stadtverordnete und Magistratsmitglieder

Der Antrag ist aufgrund der abgeschlossenen Haushaltsberatungen bereits erledigt.

2. Gewerbesteuer

Der Antrag ist aufgrund der abgeschlossenen Haushaltsberatungen bereits erledigt.

3. Haushaltsmittel für die Ortsbeiräte

Stadtverordneter Vetter begründet den Antrag. Es folgt eine Wortmeldung von Bürgermeister Stolz („nicht mit der HGO vereinbar“).

Der Antrag der Fraktion Die Linke wird **abgelehnt** bei folgender Stimmverteilung:

2	Ja-Stimmen
31	Nein-Stimmen
3	Enthaltungen

Stadtverordnetenvorsteher Engel stellt zur Abstimmung ob die Sitzung an diesem Punkt abgebrochen und am Donnerstag weitergeführt werden soll oder ob sie am heutigen Abend zu Ende gebracht werden soll.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

26	Ja-Stimmen
8	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

Beschluss:

Die Sitzung wird nicht abgebrochen sondern heute zu Ende gebracht.

4. Förderung der musikalischen Erziehung

Stadtverordneter Vetter begründet den Antrag.

Der Antrag der Fraktion Die Linke wird **abgelehnt** bei folgender Stimmverteilung:

2	Ja-Stimmen
28	Nein-Stimmen
2	Enthaltungen

5. Öffentliche Bekanntmachung von Grundstücksverkäufen

Stadtverordneter Vetter begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Delhey, Herms, Bürgermeister Stolz und Degenhardt.

Der Antrag der Fraktion Die Linke wird mit einer textlichen Änderung (öffentlich anzubieten statt „auszuschreiben“) **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:
- einstimmig -

Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, zum Verkauf anstehende Liegenschaften und Grundstücke vor Verkaufsentscheidungen im Öffentlichen Anzeiger unter Fristnennung öffentlich anzubieten.

6. Stromversorgung der Hilfeleistungsorganisationen und Gemeinschaftshäuser im Katastrophenfall

Stadtverordneter Vetter begründet den Antrag. Es folgt eine Wortmeldungen des Stadtverordneten Dreßbach (stellt Änderungsantrag auf Verweisung in Ausschuss).

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:
- einstimmig -

Beschluss:

Der Antrag wird in den Bauausschuss verwiesen.

8. Erwerb der „Stadtwerke“ durch die Stadt Gelnhausen

Stadtverordneter Vetter begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Desch, Rode (stellt Änderungsantrag auf Verweisung in Ausschuss), Degenhardt und Herms.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

21	Ja-Stimmen
15	Nein-Stimmen
keine	Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag wird in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

11. Antrag der BG-Fraktion (erneute Vorlage) Anrufsammeltaxi

Stadtverordneter Delhey begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Herms, Degenhardt, Desch und Delhey.

Der Antrag der BG-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:
- einstimmig -

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, beim Büro IG Dreieich ein Angebot anzufordern für eine Untersuchung, ob ein Anrufsammeltaxi den Stadtbus in verkehrsarmen Zeiten ersetzen bzw. in Spitzenzeiten (z.B. Schulverkehr Höchst) ergänzen kann. Das Angebot soll dem Ausschuss Wirtschaft und Verkehr zur Entscheidung vorgelegt werden, ob die Untersuchung beauftragt werden soll.

12. Antrag der FDP-Fraktion (erneute Vorlage) Bildung einer Kommission Berufsakademie

Stadtverordneter Glöckner begründet den Antrag. Es wird eine textliche Änderung aufgenommen.

Der Antrag der FDP-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:
- einstimmig -

Beschluss:

Der Magistrat der Barbarossastadt Gelnhausen wird beauftragt, eine Kommission „Berufsakademie“ einzusetzen, die nach § 72 der HGO konstituiert wird. Diese Kommission soll sich aus Vertretern der in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien, aus Vertretern der Wirtschaft und Industrie, aus Personen mit Fachkenntnissen bzgl. des Themas Berufsakademie, Vertretern der Beruflichen Schulen, dem Landtagsabgeordneten sowie dem Bundestagsabgeordneten zusammensetzen.

Die Kommission soll parteiübergreifend die Grundlagen für eine Berufsakademie am Standort Gelnhausen eruieren und die grundsätzlichen Themen wie Aufbau, Rechtsform und Trägerschaft sowie Standort erarbeiten und die entsprechende Empfehlung als Entscheidungsgrundlage an die städtischen Gremien weiterleiten.

13. Anträge der FDP Fraktion 1. Tagesmütternetzwerk

Ist bereits erledigt durch Magistratsbeschluss.

2. Datenbank Kinderbetreuung

Stadtverordneter Herms begründet den Antrag.

Der Antrag der FDP-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:
- einstimmig -

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Internet basierende Datenbank für Kinderbetreuungsplätze einzurichten.

Die Internetpräsenz der Stadt zeigt bisher weder freie Kindergartenplätze, Hortplätze oder Krabbelgruppen, noch gibt sie Kontaktmöglichkeiten zu Tagesmüttern.

Die Software KiBeOn wird vom zuständigen Bundesministerium den Gemeinden kostenlos zur Verfügung gestellt.

Stadtverordneter Glöckner verlässt die Sitzung.

14. Antrag der BG-Fraktion Alternative Urnenbestattung

Stadtverordnete Baumann begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Rode und Desch.

Der Antrag der BG-Fraktion wird mit einer textlichen Änderung **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

- einstimmig -

Beschluss:

Der Magistrat wird zusammen mit der Friedhofskommission sowie je einem Vertreter der Fraktionen beauftragt, Flächen auf Friedhöfen zu benennen, auf denen eine alternative Urnenbestattung, als Rasenfläche angelegt, möglich ist.

Stadtverordneter Brune verlässt die Sitzung.

15. Anträge der Fraktion Die Linke 1. Einschränkung von Straßenvollsperrungen

Stadtverordneter Vetter begründet den Antrag. Es folgt ein Änderungsantrag auf Verweisung in Ausschuss.

Der Änderungsantrag wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

- einstimmig, bei einer Enthaltung -

Beschluss:

Der Antrag wird in den Ausschuss Wirtschaft, Verkehr und Stadtentwicklung verwiesen.

2. Kostenlose Überlassung städtischer Räume für Sozial- und Kulturinitiativen

Hierzu liegt ein Ergänzungs-/Änderungsantrag der SPD vor.

Stadtverordneter Vetter begründet den Antrag.

Der Ergänzungs-/Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

- einstimmig -

Beschluss:

Mittellosen Sozial- und Kulturinitiativen, die ihren Sitz in Gelnhausen haben, können auf Antrag beim Magistrat städtische Räume für Versammlungszwecke kostenlos zur Verfügung gestellt werden, wenn diese keine kommerziellen Zwecke verfolgen. Sollten nutzungsbedingte Kosten entstehen, die über das Bereitstellen der Räumlichkeiten mit Bestuhlung hinausgehen, so fallen die ermäßigten Kosten der Gebührenordnung an.

16. Mitteilungen und Anfragen

keine

Ende der Sitzung: ca. 23:25 Uhr

Gelnhausen, 18. Mai 2007

Günter Engel
Stadtverordnetenvorsteher

Dagmar Petersein
Schriftführerin